



Stadt Zossen



## Niederschrift

---

### Sitzung des Ausschusses für Bau, Bauleitplanung, Wirtschaft, Energie und Umwelt

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 17.09.2024
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:01 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:16 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

---

#### **Ausschussvorsitz**

Rene Just

#### **Ordentliches Mitglied - Ausschuss**

Fritz Hille

Torsten Kniesigk

Peer Giesecke

Carsten Preuß

Sven Reimer

Michaela Schreiber

Matthias Wilke

Vertretung für:  
Carsten Preuß  
entschuldigt

Vertretung für:  
Matthias Wilke  
entschuldigt

#### **Sachkundige Einwohner**

Jens Pohl

Dieter Jungbluth

#### **Bürgermeisterin**

Wiebke Şahin-Connolly

#### **Verwaltung**

Michael Roch

#### **Wirtschaftsförderung**

Dirk Kommer

#### **Protokollant(in)**

Juliane Sasse

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 13.05.2024
- 6 Bericht aus der Verwaltung
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 9 Wahl des Stellvertreters/der Stellvertreterin des Ausschussvorsitzenden
- 10 Beratung von Beschlussvorlagen
- 10.1 Abwägungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes 01/12 "Burgberg" im OT Wünsdorf der Stadt Zossen 094/24
- 10.2 Satzungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes 01/12 "Burgberg" im OT Wünsdorf der Stadt Zossen 095/24
- 10.3 Neubau Hort Wünsdorf-Waldstadt mit einer Kapazität für 300 Kinder 085/24
- 10.4 Abwägungsbeschluss zum (Straßen-) Bebauungsplan "An der Stubenrauchstraße" 1. Änderung in der Stadt Zossen 092/24
- 10.5 Satzungsbeschluss zum (Straßen-) Bebauungsplan "An der Stubenrauchstraße" 1. Änderung in der Stadt Zossen 093/24
- 10.6 Umsetzung Fahrradstraßen 082/24
- 11 Schließung der öffentlichen Sitzung

# Niederschrift

## Öffentlicher Teil

---

### 1 **Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Just um 19:01 Uhr eröffnet.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Herr Just bittet darum, dass sich die sachkundigen Einwohner unter dem TOP 8 kurz vorstellen.

Weiterhin teilt Herr Just mit, dass er, aufgrund der sehr umfangreichen TO, ab dem TOP 8 nur den Ausschussmitgliedern und den sachkundigen Einwohnern des Ausschusses das Rederecht einräumen wird.

Herr Giesecke nimmt ab 19:02 Uhr an der Sitzung teil.  
Herr Kniesigk nimmt ab 19:03 Uhr an der Sitzung teil.

---

### 2 **Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder**

Es nehmen keine Ausschussmitglieder digital an der Sitzung teil.

---

### 3 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Just stellt fest, dass von den 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern 6 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.

---

### 4 **Feststellung der Tagesordnung**

Es liegen Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.

Frau Şahin-Connolly:

Die Verwaltung nimmt den TOP10.4 und 10.5 mit der BV 092/24 und 093/24 von der Tagesordnung.

Weiterhin wird der TOP 11 wird auf den nächsten Bauausschuss vertagt.

Frau Schreiber:

Aus welchem Grund werden die TOPs von der Tagesordnung genommen? Gibt es dazu Änderungen?

Frau Şahin-Connolly:

Die Verwaltung nimmt diese TOPs von der Tagesordnung und wir werden sie auch nicht auf der SVV haben.

Herr Just:

Die TO wird geändert festgestellt.

---

### 5 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 13.05.2024**

Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

---

Herr Jungbluth:  
Ich habe keine Niederschrift.

Herr Just:  
Die Niederschrift wurde den alten Mitgliedern zugestellt. Es gab keine Einwendungen zu der Niederschrift. Das habe ich hiermit festgestellt.

---

## 6 Bericht aus der Verwaltung

Frau Şahin-Connolly begrüßt die neuen Ausschussmitglieder und hofft auf konstruktive Sitzungen und ein gutes Miteinander in den nächsten fünf Jahren.

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Connolly kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigelegt. Er umfasst folgende Punkte:

### I. Hochbau

1. Zossen, Hort am Wasserturm
2. Wünsdorf, Begegnungsstätte Burgberg
3. Zossen, Erweiterungsbau Grundschule Zossen
4. Kallinchen, Strandbad
5. Wünsdorf, temporärer Container Hort
6. Zossen, Kita Bummi
7. Zossen, Sanierung der alten Gesamtschule Dabendorf

### II. Tiefbau

1. Regenwasser
2. Straßeninstandsetzung
3. Instandsetzung einer Feuerwehrezufahrt in Wünsdorf an der Infanterieschießschule
4. Wünsdorf Friedenstraße/Ahornstraße
5. Tanzfläche Horstfelde

### III. Grünflächen

1. Wünsdorf, Sportplatz "Am Burgberg"
2. Dabendorf, Sportforum
3. Zossen, Multifunktionsplatz
4. Kita Rappelkiste
5. Kita Oertelufer
6. Glienick, Spielplatz Hinter den Gärten
7. Mehrgenerationenpark Schöneiche
8. Wünsdorf, Kita Haus der kleinen Füße
9. Schöneiche, Kita Lindenzauber
10. Zossen, Kirchplatz
11. Kallinchen, Wirrachteiche

### IV. Friedhof

1. Kallinchen, Urnengrabanlage (UGA) halbanonym

### V. Bauleitplanung

---

## 7 Einwohnerfragestunde

Frau Reglin:

Soll es jetzt immer Praxis sein, dass die anwesenden Stadtverordneten kein Rederecht bekommen? Für mich ist das eine Benachteiligung, da ich keine Fraktion habe, aber gerne in den Ausschüssen mitreden möchte. Vielleicht kann man die

Geschäftsordnung dahingehend ändern, dass auch fraktionslose Stadtverordnete in den Ausschüssen mitdiskutieren dürfen.

Herr Just:

Ich möchte es nicht grundsätzlich so machen, für heute werde ich gucken wie gut wir durchkommen und werde bevorzugt die neuen Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner reden lassen. Ggf. kann das dann wieder geöffnet werden.

Frau Reglin:

Wie kommen die 4 Mio. Mehrbedarf an der alten Gesamtschule Dabendorf zustande?

Frau Şahin-Connolly:

Allgemein gibt es in der Baubranche eine sehr hohe Kostensteigerung und es gibt Auflagen die wir erfüllen müssen, insbesondere das Ganztagskonzept ab 2027. In dem neuen Beschluss bekommen Sie mitgeteilt, was die Mehrkosten sind und wie sie sich zusammensetzen.

---

## **8 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Sachkundiger Einwohner Herr Jungbluth stellt sich kurz vor:

Ich bin seit 1994 wohnhaft in Wünsdorf/Neuhof. Ich bin Gründungsmitglied bei der Erschließung vom Militärgelände Wünsdorf. Ich war 5 Jahre Ortsvorsteher und bin jetzt der Ortschronist in Wünsdorf. Ich hoffe die Belange von Wünsdorf jetzt etwas mitgestalten zu können.

Sachkundiger Einwohner Herr Pohl stellt sich kurz vor:

Ich wohne seit fast 20 Jahren in Zossen/Lindenbrück. Ich bin Diplomingenieur für Elektrotechnik im Bereich erneuerbare Energie Windkraft und Photovoltaik. Beruflich bin ich in einem Unternehmen tätig, dass Photovoltaik auf meist private Hausdächer montiert und denke, dass ich hier in Richtung Energie interessante Punkte finde.

Herr Just.

Wir haben noch zwei weitere sachkundige Einwohner, welche heute aber beide nicht vor Ort sein können. Das ist Herr Wolfermann und Herr Kohs.

Frau Schreiber:

Im BadV wurde uns mitgeteilt, dass die Kostenschätzung für die Generalsanierung, die Dachsanierung und das Angebot für den Umbau der Heizungsanlage des Strandbades Kallinchen vorliegt. Wie hoch sind diese Kosten und wie hoch ist das Angebot? Diese Information hätte ich erwartet.

Frau Şahin-Connolly:

Es gab in der Vergangenheit dazu eine BV. Die Fragen nehme ich mit.

Frau Schreiber:

Ich gehe davon aus, dass diese Fragen bis zur SVV schriftlich beantwortet werden. Ich habe einen Anspruch, dass das verbindlich mitgeteilt wird.

Frau Şahin-Connolly:

Ihren Anspruch können wir gerne prüfen.

Frau Schreiber:

Wenn ich als Stadtverordnete eine Frage stelle, die nicht beantwortet werden

kann, ist diese Frage für alle zur SVV zu beantworten. Entweder im BadV oder schriftlich auf einem extra Blatt. Das muss nicht geprüft werden. Das hat zu erfolgen.

Herr Just:

In der Vergangenheit war es nicht immer üblich, dass die Kosten zu bestimmten Maßnahmen genannt werden. Die Verwaltung bietet in diesem Fall mehrere Möglichkeiten Einsicht in die Kosten nehmen zu können.

Frau Schreiber:

In der letzten Legislatur habe ich beobachtet, wie Stadtverordnete keine Antworten bekommen haben. Ich erwarte hier eine Antwort.

Zu dem Punkt 5 aus dem BadV möchte ich gerne wissen ob die Container gemietet oder gekauft sind und wie hoch die Kosten für die Errichtung der Container inklusive der Erschließungsmaßnahmen sind. Wie hoch wäre die Jahresmiete und wie hoch wären die Kauf- inklusive Baukosten?

Frau Şahin-Connolly:

Hier möchte ich auf die Beschlussvorlage verweisen, außerdem wäre das eine Frage für den Finanzausschuss gewesen.

Frau Schreiber:

Es ist die Aufgabe der Verwaltung im Bauausschuss mitzuteilen wie es um die Bauabwicklung steht. Dazu gehören auch die Kosten. Auch hier erwarte ich die Antwort bis zur SVV.

Zu Punkt V aus dem BadV:

Warum wollen Sie eine Umweltprüfung beauftragen, die viel Geld kostet, bevor Sie die Stadtverordneten über die massiven Einwendungen oder eine eventuelle Änderung der Planung informiert haben? Ich bitte um Auskunft wie hoch die Kosten für die Untersuchungen der Umweltbelange sind und warum Sie es nicht nochmal mit den massiven Einwendungen vorgelegt haben?

Frau Şahin-Connolly:

Ich habe nicht von massiven Einwendungen gesprochen. Wir können mit gutem Gewissen die Umweltverträglichkeit jetzt in Auftrag geben und uns die Thematik in der nächsten Offenlage anschauen.

Frau Schreiber:

Ich beantrage Akteneinsicht in die Einwendungen die hierzu in der Verwaltung vorliegen.

Herr Hille:

Wann wird die gesamte Mellenseestraße instandgesetzt und wann werden endlich die Löcher auf der Kreuzung instandgesetzt?

Vor Jahren wurden an der Kreuzung Mellenseestraße/Friedenstraße Maßnahmen ergriffen, um das Regenwasser aufzufangen. Beim letzten Hochwasser stand ich bis zu den Knien auf der Kreuzung im Wasser. Gleichzeitig standen die Unterführungen unter Wasser.

Wann wird die Verwaltung endlich wieder eine Bahnquerung Wünsdorf in Angriff nehmen?

Frau Şahin-Connolly:

Die Fraktion Freie Wähler hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir werden nichts einklagen können. Im März 2019 hätte ein Widerspruch gemacht werden müssen. Dies wurde nicht getan.

Wir können das gerne mit Herrn Ludwig und Herrn Dr. Lück erörtern. Hätten wir damals auf eine Ersatzmaßnahme bestanden, direkt dort wo der Bahnübergang weggefallen ist, hätten wir die auch bekommen. Die Brücke, welche geplant werden sollte, war nicht kreuzungsrelevant.

Seitens der Stadt Zossen sind keine weiteren Verhandlungen erfolgt und somit war das dann ab einem bestimmten Zeitpunkt rechtskräftig. Wir brauchen die Brücke und ich befürworte Ihren Antrag, aber die Stadt Zossen kann das nicht alleine aus dem Haushalt finanzieren. Wir sind hier auf Fördermittel angewiesen.

Zu Ihrer ersten Frage hatten sie die Antwort, wie der Landesbetrieb für Straßenwesen im Moment agiert, von Herrn Njammasch erhalten. Demnächst haben wir die Haushaltsthematik 2025 in den Ausschüssen und ich hoffe, dass wir dort die Summen für Reparatur und Instandhaltung für Straßen mitberücksichtigen.

Herr Reimer:

Zu der Anfrage von Frau Reglin haben wir es bis jetzt immer so gehandhabt, dass sich die Stadtverordneten zu den Beschlussvorlagen gemeldet haben und dann haben wir abgestimmt. Zu 99 % haben wir das auch zugelassen.

Generell würde ich Frau Schreiber bitten, vorher schriftliche Anfragen zu stellen, sodass sich darauf vorbereitet werden kann. Wir haben jetzt eine Stunde gesprochen, sie haben ein Zwiesgespräch mit der Verwaltung geführt und wir haben noch keinen TOP abgearbeitet.

Herr Jungbluth:

Es ist nie ein Ersatzbau zum Bahnübergang Wünsdorf verhandelt worden. Das Bahnamt hat uns damals gelinkt und einfach einen Beschluss gefasst. In der Begründung wurde nicht erwähnt, dass es eine Brücke ist, die auch für die Umgebung genutzt wird. Das kam erst in der Begründung, warum dann der Beschluss abgelehnt wurde. Die Bahn hat gesagt, dass sie die Unterlagen zur Verfügung stellt, sodass die Brücke weitergebaut werden kann. Die Unterlagen müssen bei Ihnen vorliegen.

Als Ortschronist ist mir aufgefallen, dass sich auf der Einladung links oben das alte Logo der Stadt Zossen befindet. Wir sind aber nicht die Stadt Zossen, sondern die neue Stadt Zossen, die das Logo auf der rechten Seite der Einladung hat.

Frau Şahin-Connolly:

Sie verwechseln das Stadtwappen mit dem Logo. Links ist das Stadtwappen und rechts ist das Logo.

Ich möchte Frau Schreiber noch antworten. Wir hatten am 20.10.2023 eine Sitzung zu dem Dorfgemeinschaftshaus und der Sanierung des Strandbades. Dort finden Sie alle Zahlen der Kostenschätzung nach DIN267, die wir den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt hatten und das sind die Angebote,

die wir jetzt vorzuliegen haben.

Herr Just:

Ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass wir uns im Bauausschuss befinden und würde bitten, dass wir uns auf diese Themen begrenzen.

Ich würde die Bürgermeisterin bitten, dass Kostenthema und die Erwähnung im BadV nochmal mitzunehmen.

Frau Schreiber:

Die Zahl in der Beschlussvorlage ist eine grob geschätzte Zahl. Der Bericht sollte mit der aktuellen Zahl unterlegt sein.

Es stehen hier heute geringfügige Dinge im Bericht, die nicht in den BadV gehören.

Ich vermisse die Information, dass die Stadt Zossen die Grundschule Dabendorf, altes Gebäude für die Nutzung gesperrt hat. Warum wurden die Stadtverordneten weder im FSB, noch heute darüber informiert?

Herr Just:

Ich bitte darum, nicht mit Unterstellungen zu arbeiten. Es bleibt der Verwaltung überlassen, wie sie den Bericht gestaltet.

Frau Şahin-Connolly:

Die alte Grundschule Dabendorf ist nicht als Schule geeignet. Wir haben dort ein großes Brandschutzthema. Das ist der Grund warum wir die alte Gesamtschule sanieren müssen und als Grundschule und Hort umwidmen müssen. Bei der Sperrung handelt es sich um zwei Klassenräume. Wir können in dem alten Gebäude keinen zweiten Flucht- und Rettungsweg errichten, weil es unter Denkmalschutz steht. Es war der Schulleiterin bekannt, dass man die zwei Klassenräume aus besagtem Grund nicht nutzen darf. Die Räume wurden trotzdem genutzt. Wir hatten als Ersatzmaßnahme die Container komplett saniert. Wir werden jetzt einen weiteren Klassenraum teilen, sodass ein weiterer Raum entsteht und wir werden den Kunstraum als Klassenraum nutzen. Es stimmt nicht, dass ich die alte Grundschule gesperrt habe. Der Sachverhalt, dass diese zwei Räume nicht genutzt werden dürfen, ist der Schulleiterin seit 2020 bekannt.

---

9

### **Wahl des Stellvertreters/der Stellvertreterin des Ausschussvorsitzenden**

Herr Just lässt abstimmen ob eine offene oder eine geheime Wahl stattfinden soll.

Herr Giesecke:

Man kann eine offene Wahl nur durchführen, wenn nur ein Kandidat zur Wahl steht. Nach den Kandidaten wurde aber noch nicht gefragt.

Herr Just stellt die Frage wer sich zur Wahl stellt.

Vorschläge:

Herr Reimer wird vorgeschlagen.

Herr Reimer ist auf Nachfrage bereit zu kandidieren.

Weitere Vorschläge gibt es nicht; die Kandidatenliste wird geschlossen.

Herr Leisten:  
Eigentlich wird eine Wahlkommission bestimmt.

Herr Just stellt die Frage wer sich für die Wahlkommission zur Verfügung stellt.

Herr Leisten, Frau Reglin und Herr Juricke bilden die Wahlkommission.

Die Wahlurne ist leer. Gleiche Stimmzettel werden von Frau Şahin-Connolly vorbereitet.

Alle Mitglieder des Ausschusses haben einzeln und geheim gewählt.

1. Wahlgang:  
Herr Leisten teilt das Wahlergebnis mit.

Es wurden 6 Stimmen abgegeben. Alle Stimmzettel sind gültig.  
Nach Auszählung ergibt sich folgendes Bild:

Herr Reimer: 5 x Ja  
                  1 x Nein

Damit wird Herr Reimer zum Stellvertreter des Ausschusses BBWEU gewählt.

Herr Reimer erklärt auf Nachfrage von Herrn Just die Annahme der Wahl.

Herr Jungbluth:  
Warum dürfen sachkundige Einwohner nicht wählen?

Herr Kommer liest aus dem §43 vor und zitiert, dass sachkundige Einwohner nicht stimmberechtigt sind.

Herr Giesecke:  
Wenn man die sachkundigen Einwohner mit den von den Bürgern gewählten Abgeordneten gleichstellt, dann ist das ein Aushebeln der Demokratie.

---

## **10      Beratung von Beschlussvorlagen**

---

### **10.1    Abwägungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes 01/12 "Burgberg" im OT Wünsdorf    094/24 der Stadt Zossen**

Frau Şahin-Connolly erklärt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage. Es haben sich keine Änderungen von der letzten Offenlage ergeben.

Frau Schreiber:  
Herr Leisten hat hier seitens des Kreistages aktuelle Informationen, die mich interessieren würden. Darf Herr Leisten dazu Rederecht erhalten?

Herr Just:  
Ich würde im Ausnahmefall Herrn Leisten das Rederecht erteilen, möchte aber nochmals darauf hinweisen, dass wir hier im Bauausschuss sind.

Frau Şahin-Connolly:  
Gestern Abend habe ich die Info erhalten, dass Herr Ferdinand der Ansicht ist, dass

wir 2026/2027 vorerst Container aufstellen. Die Verwaltung teilt diese Ansicht nicht und ist der Meinung, dass man sich die Kosten sparen kann. Man kann auch in einer cleveren Modulbauweise eine Schule errichten. So laufen auch die Gespräche mit dem Landkreis bezüglich der Trägerschaft. Ich schlage das Angebot einer Containerlösung nicht aus, denke aber, dass man darauf verzichten kann. Es ist wichtig, dass wir ein Grundstück zur Verfügung stellen, wo eine Oberschule errichtet werden kann, sodass der Kreis weiter planen kann. Wir brauchen den Satzungsbeschluss und wir brauchen Baurecht für eine Oberschule.

Die Container werden nicht auf dem Baugrundstück für die Oberschule errichtet, sondern wir brauchen eine andere Standortoption. Wir prüfen das gerade. Nichtsdestotrotz bin ich der Ansicht, dass man sich diese Kosten sparen kann. Der Kreistag muss zu dem Thema einen Kreistagsbeschluss herbeiführen. Wir müssen hier unsere Hausaufgaben machen, sodass es nicht dazu kommt, dass der Kreis nicht bauen kann, weil er keinen satzungsreifen B-Plan vorzuliegen hat. Der Kreis sagt auch, dass die Prioritäten in der momentanen Investitionslage in Ludwigsfelde sind. Wir sollten versuchen das Thema effizient abzuarbeiten um auf beiden Seiten Kosten zu sparen.

Herr Leisten:

Es gibt nicht viel zu ergänzen. Auf dem Bildungsausschuss im Kreis hat Herr Ferdinand erst gesagt, dass die neue Schule 2026/2027 in Wünsdorf gebaut sein soll. In der gestrigen Kreistagssitzung sagt er dann, dass er ab 2026/2027 eine mobile Unterrichtseinheit dort hinstellen möchte. Das wäre seine Lösung für die Schule.

Frau Schreiber:

Da wir nicht unter Zeitdruck stehen und es jede Menge Einwendungen gibt, sollten wir das nochmal in Ruhe durchgehen. Der Kreistag wird definitiv keine richtige Schule in Wünsdorf bauen, sondern lediglich die Containerlösung durchführen. Es gibt keinen Grund den Abwägungs- und Satzungsbeschluss im Schnellschuss durchzujagen. Aus meiner Sicht muss aus dem beschleunigten Verfahren rausgegangen werden und in ein normales Bebauungsplanverfahren übergeleitet werden.

Herr Just:

Gibt es Wortmeldungen zu dem Punkt beschleunigtes Verfahren oder nicht, da von Frau Schreiber gerade in den Raum gestellt wird, dass wir mit dem beschleunigten Verfahren keinen rechtsgültigen Bebauungsplan bekommen werden?

Frau Şahin-Connolly:

Ich kann der Prognose von Frau Schreiber nicht folgen. Der Kreis hat nicht gesagt, dass ein beschleunigtes Verfahren nicht möglich ist. Wir sind sehr eng in der Abstimmung hinsichtlich des B-Plans Baugenehmigung Forst und haben einen sehr guten Planer. Ich möchte den Prozess ziemlich schmal halten und schnell zum Zuge kommen, sodass wir schnell eine Satzung haben, schnell damit ins Amtsblatt kommen und das schnell dem Kreis übermitteln können. Die Behörden wurden angeschrieben und es ist keine Stellungnahme erfolgt. Ich bin mir sicher, dass wir mit diesem B-Plan Erfolg haben werden.

Herr Reimer:

Es geht um den finalen Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan. Wir benötigen dringend eine Grundschule. Deswegen wollen wir eine Oberschule bauen. Die Alternative der Aufstellung von Containern für die Oberschüler ist mir lieber, als für die Grundschüler. In Wünsdorf platzen die Grundschule und der Hort momentan aus allen Nähten. Wir haben einen echten Notstand in der Grundschullandschaft in der Stadt.

Frau Şahin-Connolly:

Es werden nicht alle Schüler der Comenius Schule in Containern unterrichtet. Es geht nur um zusätzliche Container, die dort aufgestellt werden. Wir brauchen das Gebäude für die Grundschule. Wir müssen den Kreis unterstützen, sodass der Kreis ziemlich schnell planen und bauen kann. Jede Woche die wir verlieren, kostet beidseitig mehr Geld.

Herr Hille:

Warum wird nicht die komplette Straße Rampe bis zur Seestraße erschlossen, bzw. die Kurze Straße bis zur Chausseestraße?

Frau Şahin-Connolly:

Weil das ist nicht Bestandteil des Bebauungsplanes ist. Im B-Plan ist ersichtlich wie man das B-Plan-Gebiet erschließen will und nicht wie man über zukünftige Straßen und Sandpisten entscheiden will.

Herr Hille:

Das würden dann die Anlieger bezahlen müssen.

Herr Just:

Wahrscheinlich wird es einen Schlüssel geben, nachdem die Kosten umgelegt werden.

Wenn in der Abwägungstabelle steht, dass wir die Hinweise berücksichtigt haben, muss die Erläuterung in dem Bebauungsplan im Satzungsbeschluss enthalten sein. Steht dazu etwas drin? Werden die Fragen beantwortet?

Frau Şahin-Connolly:

Im Satzungsbeschluss kann nur das widergegeben werden, was im B-Plan berücksichtigt ist.

Wir und der Planer sind der Ansicht, dass der Satzungsbeschluss und die Offenlage, so wie wir den B-Plan gemacht haben, korrekt durchgeführt wurde und wir ihn nicht anpassen müssen. Deshalb ist in der Satzung der Offenlagebeschluss eins zu eins abgebildet, wie Sie ihn beschlossen haben.

Frau Schreiber:

Aus der Erfahrung ist es nicht das erste Verfahren, dass die Stadt im beschleunigten Verfahren versucht hat und eine Bruchlandung beim Landkreis erlebt hat. Mein Vorschlag ist eine Überleitung aus dem beschleunigten Verfahren heraus in ein ordnungsgemäßes Bebauungsplanverfahren.

Herr Just:

Das volle Verfahren wird teurer und wird Zeit kosten und alle aus der letzten Legislaturperiode wissen, warum wir uns so beeilt haben. Es gibt jetzt hier zwei Meinungen.

Frau Schreiber:

Der Zeitfaktor ist nicht der entscheidende Faktor. Der Kreistag hat einen zweistelligen Millionenbetrag an Schulden und hat gesagt, dass er die nächsten Jahre nicht bauen wird. Wir haben die Zeit diese Verfahrensfehler zu korrigieren und es richtig zu machen.

Herr Just:

Hier steht nichts von Verfahrensfehlern.

Frau Schreiber:

Es steht in der Stellungnahme sehr deutlich drin.

Frau Schreiber liest aus Seite 8 Punkt 2.11. vor.

Beide Zuwegungen sind Sandwege. Da es sich um eine erstmalige Erschließung handelt, sind die Anlieger zwingend mit 80 bis 90 Prozent der Kosten zu beteiligen und man sollte die Wünsdorfer darüber informieren.

Frau Schreiber liest aus Punkt 2.12. vor.

Es wird nicht berücksichtigt, ob hier eine Sportanlage oder Sporthalle oder eine Schule mit einem Schulhof steht.

Frau Schreiber liest aus der Stellungnahme aller Naturschutzverbände auf Seite 25 vor.

Lärmschutz sollte berücksichtigt werden zum Thema Dresdner Bahn.

Frau Schreiber liest aus Punkt 5.1. vor.

Durch das beschleunigte Verfahren sind hier keine Untersuchungen berücksichtigt. In einem normalen Verfahren wäre das erforderlich gewesen.

Dieser Bauausschuss ist dringend dazu angehalten dieses beschleunigte Verfahren nicht auf der nächsten SVV zu beschließen, sondern das nochmal zum Thema zu machen.

Herr Reimer stellt einen GO-Antrag auf Ende der Debatte und Abstimmung.

Abstimmung:  
2 / 3 / 1

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben uns sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt. Die Verkehrsführung ist eigentlich schon vorhanden. Wir haben einen Parkplatz, der so gut wie nicht belegt wird. Für das Bahnhofsumfeld bauen wir weitere Parkflächen. Diese Themen sind dann in der Verkehrswegeföhrung zu berücksichtigen. Für die Stadt Zossen und den Ortsteil Wünsdorf kann es eine Bereicherung sein, dass die Straßen in einen Zustand gebracht werden, sodass dort auch Schulbusse fahren können. Die Erreichbarkeit der Schule herzustellen ist dann Thema des Kreises.

Dass eine untere Naturschutzbehörde in der Abwägung für den Baumerhalt spricht, ist völlig normal. Aber man erkennt, dass wir eine Schule brauchen. In einem normalen Verfahren würden wir vor 2030 dort keine Schule haben. Ich denke es gibt keinen anderen Weg. Während meiner Amtszeit ist jedes beschleunigte Verfahren durchgegangen und ich bin optimistisch, dass uns das hier auch gelingt.

Herr Jungbluth:

Wie bereits vor 2 Jahren von mir erwähnt, müsste man die Russenschule 1 mit einplanen, mit der Erstaufnahme und die Landesregierung mit ins Boot nehmen. Die hatte sich mal verpflichtet Wünsdorf zu unterstützen. Die Bürgermeister haben es damals versäumt sich dies schriftlich geben zu lassen.

Frau Şahin-Connolly:

Wir müssen eine rechtliche Grundlage haben. Ich bin mir sehr sicher, dass wir das hinbekommen und der Kreis dann arbeiten kann. Ich kann aktuell auch nicht versprechen, dass 2027 eine Schule steht. Es liegt an Ihnen ob Sie den Weg der Bürgermeisterin mitgehen oder ob wir abwarten und eventuell 2030 eine Baugenehmigung bekommen. Ich bin der Meinung, dass wir die Voraussetzungen schaffen müssen, sodass der Kreis handlungsfähig ist und wir beide Haushalte

schützen müssen.

Herr Giesecke:

Der Landkreis ist Träger der weiterführenden Schulen und zuständig. Es ist für ihn eine pflichtige Aufgabe. Die Haushaltssituation spielt demzufolge keine Rolle. Der Kreis muss ungefähr sechs Schulen bauen und 300 bis 400 Mio. Euro investieren. Er wird es in der Reihenfolge machen, wie er bauen kann. Wenn wir die zweite der sechs Schulen bei uns haben wollen, müssen wir baureifes Land zur Verfügung stellen. Die Zeit drängt. Mit dem Kreis kann man reden und das Verfahren abstimmen. Wir sollten das durchziehen und eventuell, wenn notwendig, nochmal ein Gespräch mit dem Planungsamt in den nächsten Tagen führen

Herr Just:

Ich habe noch einen Hinweis für die Verwaltung. Wenn konkrete Veränderungen gewünscht werden und es steht hier: "der Hinweis wird berücksichtigt" und laut Verwaltung aber nichts geändert wurde, müsste dort stehen: "Der Hinweis wurde nicht berücksichtigt oder muss nicht berücksichtigt werden, weil es nicht notwendig ist".

Frau Schreiber:

Die Erreichbarkeit der Schulbusse kann nicht gewährleistet werden, da die Straße nicht breit genug ist.

Abstimmung

4 / 1 / 1

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. die anliegende Abwägungstabelle mit den eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Burgberg“  
oder
2. die vorliegenden Abwägungsvorschläge werden mit dem laut Protokoll aufgeführten Änderungen übernommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	1	1

---

## **10.2 Satzungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes 01/12 "Burgberg" im OT Wünsdorf der Stadt Zossen 095/24**

Abstimmung:

4 / 1 / 1

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Burgberg“ im Ortsteil Wünsdorf der Stadt Zossen in der Fassung vom 10.09.2024 bestehend aus: Planzeichnung mit Begründung sowie Anlagen als Satzung.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, den Bebauungsplan beim Landkreis Teltow-Fläming anzuzeigen und die Schlussbekanntmachung durchzuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	1	1

---

## **10.3 Neubau Hort Wünsdorf-Waldstadt mit einer Kapazität für 300 Kinder 085/24**

Frau Şahin-Connolly:

Nächste Woche Dienstag um 14:00 Uhr haben wir eine Besichtigung. Danach wird das Thema in einem zusätzlichen Ausschuss am 24.09.2024 um 16:00 Uhr besprochen.

Frau Şahin Connolly erklärt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern anhand einer kurzen Präsentation die Beschlussvorlage. Sie enthält folgende Punkte:

- I. Neuer Hort Wünsdorf
  - Containerlösung  
Standort der Container
  - Standort neuer Hort
  - Zeitplan
    1. Bis Ende 2024 Ausschreibung
    2. Bis 02.2025 binden einer Modulbaufirma
    3. 3. Quartal 2025 Baubeginn

Die Höhe der Baukosten und die Anzahl der Kinder stehen nicht fest. Wenn wir keine Zusage für 300 Kinder bekommen, dann wird die Verwaltung für 250 Kinder bauen, was dann allerdings mittelfristig zu klein sein wird.

Herr Jungbluth:

Wird dann der jetzige Hort nicht mehr als Hort genutzt?

Frau Şahin-Connolly:

Klassenräume die jetzt in der Doppelnutzung sind, fallen dann weg. Es ist geplant, dass der alte Hort dann auch als Schulausweichmöglichkeit zur Verfügung steht und wir ein komplett neues Hortgebäude haben. Ich möchte keine Splittung der verschiedenen Standorte haben. In der Beschlussvorlage ist ein Neubau für einen Hort vorgesehen.

Frau Schreiber:

Wir haben im FSB einen Vertagungsbeschluss auf die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses gefasst, da zu viele Fragen offen waren. Der Kita-/Hortausschuss und das Hort-Team sollen eingeladen werden. Ich werde wieder die Vertagung auf die

nächste reguläre Sitzung beantragen.

Frau Şahin-Connolly:

Sie haben eine weitere Sitzung beantragt. Das hat die Verwaltung sehr schnell umgesetzt. Die Hortleiterin wird da sein. Es werden auch Erzieher da sein. Wir haben das Thema schon mehrfach vorgestellt. Am Dienstag haben Sie die Möglichkeit sich mit der Hortleitung auszutauschen und wie von Ihnen gewünscht werden wir im Anschluss eine Sitzung durchführen, um uns dem Thema zu widmen. Zu dem Termin am Dienstag wurden die Ausschussmitglieder des FSB eingeladen.

Herr Just:

Für mich ist das einen Tag vor der SVV auch sehr kurzfristig. Das hätte man anders vorbereiten können.

Frau Schreiber:

Der Ausschuss hat festgelegt, dass alle Stadtverordneten eingeladen werden. So kurzfristig funktioniert das nicht.

Herr Reimer:

Wir sind bei TOP 2. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit würde ich bitten, dass jetzt etwas zu straffen. Ich habe bereits erwähnt, dass Leute nächsten Tag wieder arbeiten müssen. Ich würde Frau Schreiber bitten, nicht die ganze Zeit Zwiesgespräche zu führen und ihre umfangreichen Anfragen schriftlich an die Verwaltung zu stellen.

Frau Şahin-Connolly:

Wir können alle Stadtverordneten zu der Begehung einladen. Es geht nur um die Anzahl der Kinder und wir werden die 6,5 Mio. im Haushalt einstellen. Der Beschluss bleibt definitiv auf der Tagesordnung.

Frau Schreiber:

Wie hoch sind die Kosten für die temporäre Lösung der Container an diesem Standort - Miete oder Kauf inklusive Bodenplatte und Erschließung? Sollte man das Geld nicht besser einsparen, wenn man eine dauerhafte Lösung hat?

Frau Şahin-Connolly:

Wenn wir eine Option haben die Kosten einzusparen bin ich sofort dafür. Wir brauchen die Hortplätze und benötigen eine Teillösung. Wir haben die Notwendigkeit der Container. Wir werden die Container mieten, da wir sie nicht für den Dauerbestand benötigen. Vielleicht macht es auch Sinn die Container zu kaufen, aber an dem Punkt sind wir noch nicht.

Wir werden Container als Zwischenlösung aufstellen müssen. Es wird eine Modulbauweise geben. Ich denke hinsichtlich der Kosten kann ich Ihnen morgen im Hauptausschuss die Antworten liefern.

Frau Schreiber:

Was verstehen Sie unter modularer Bauweise? Was heißt modularer Bauträger? Welche Art von Materialien wird verwendet? Wie ist die Gewährleistung?

Es hätte eine Menge Fragen erspart, wenn sämtliche Unterlagen, die erforderlich sind, an der Beschlussvorlage dran gewesen wären.

Anhand einer kurzen Präsentation erklärt Frau Frau Şahin-Connolly die modulare Bauweise.

Es wird eine offene und freundliche Gestaltung sein. Das ist sehr individuell möglich. Die Bauweise wird nach DIN sein. Wir werden einen sehr hohen energetischen Faktor haben.

Es wird eine Kombination aus verschiedenen Baumaterialien. Wichtig ist eine gute

Dämmung, eine gute Kühlung, eine nachhaltige Bauweise, es soll wohnlich sein, Holzkonstruktionen sollen berücksichtigt werden. Das sind die Vorstellungen der Verwaltung.

Frau Schreiber:

In der alten Beschlussvorlage geht es um einen Bau für 250 Kinder und Kosten von 4 Mio., die neue Beschlussvorlage ist für 300 Kinder und 6,5 Mio. Warum wird es für 50 Kinder mehr 2,5 Mio. teurer? Es gibt hier ein krasses Missverhältnis zwischen der Anzahl der Kinder und den Mehrkosten. Soll das alte Hortgebäude dann nicht mehr genutzt werden und durch die Schule genutzt werden? Das alte Hortgebäude wurde gerade erst als Kitagebäude umgebaut. Die Räume haben nicht die Maße, die man für Klassenräume benötigt. Es wäre ein großer finanzieller Faktor daraus Klassenräume für die Schullnutzung zu machen. Die Kosten sind noch nicht eingepreist. Macht es nicht mehr Sinn in modularer Bauweise zusätzliche Klassenräume zu schaffen am Grundschulstandort und dafür das Geld effektiver einzusetzen und das alte Hortgebäude als Hortgebäude zu belassen?

Frau Şahin-Connolly:

Nicht jeder Ausschuss soll in einem anderen Ausschuss wiederholt werden. Ich habe Ihnen gesagt, dass Sie die Kostenaufstellung zu dem nächsten Ausschuss des FSB erhalten.

Es gab einen Beschluss im September für 250 Kinder für 4 Mio. zu bauen. Den gibt es immer noch. Wir werden die Themen der Kosten im Haushalt 2025 aufnehmen und die Diskussion führen müssen. Die Frage ist dann ob wir sie über 250 Kinder oder über 300 Kinder führen müssen. Wir werden in den Haushalt die 6,5 Mio. Euro einstellen. Dadurch können wir aber noch nicht handeln. Dafür brauche ich einen Haushalt.

Herr Reimer:

Muss das Schulamt eine Betriebserlaubnis für Schulräume erteilen? Die Kinder brauchen dringend das Hortgebäude. Wir zerreden die Beschlüsse anstatt für unsere Kinder Ergebnisse zu erzielen. Hier geht es um die baulichen Angelegenheiten.

Herr Just:

Die Mehrkosten werden angezweifelt und nicht die Anzahl der Kinder. Ich würde vorschlagen die Beschlussvorlage so anzupassen, dass wir der Verwaltung die Möglichkeit geben, die maximale Summe in den Haushalt einzustellen. Der nächste Schritt wäre dann eine Entwurfsplanung mit einer Kostenplanung vorzulegen.

Frau Şahin-Connolly:

Da wird die Verwaltung nicht mitgehen. Wir werden den Hort bauen und nicht über eine Entwurfsplanung diskutieren. Ich werde Ihnen bis spätestens nächste Woche die Aufstellung zukommen lassen, warum wir von Mehrkosten sprechen. Ich habe kein Problem damit, wenn Angebote vorliegen, Sie zu informieren, Baufortschritte darzulegen und ein Kostencontrolling für dieses Projekt einzuführen.

Herr Hille:

Pro Kind entstehen hier Mehrkosten von über 21.000 Euro. Hat man hier mal Vergleiche herangezogen wie das bei anderen Schulen ist?

Frau Schreiber:

Wir sollten uns über eine Verfahrensweise verständigen die in anderen Gemeinden üblich ist.

Dazu gehört zwingend eine Kostenschätzung nach DIN und es gehört ein Grundriss an die Beschlussvorlage.

Frau Şahin-Connolly:

Die Pläne können sie gerne bekommen, aber ich werde diese nicht diskutieren.

Herr Giesecke:

Ich habe ein Problem mit der Verfahrensweise bei der Formulierung des Beschlussvorschlages. Hier steht „die Stadtverordnetenversammlung beschließt“. Wir sind im Bauausschuss. Da müsste stehen „der Bauausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen...“

Frau Şahin-Connolly:

Wir können in der Begründung hinzufügen...“der Bauausschuss empfiehlt die Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung“

Herr Just:

Ich würde die Fraktionsvorsitzenden bitten, sich bei grundlegenden Themen an die Bürgermeisterin zu wenden und das aus diesem Ausschuss herauszuhalten.

Der Bauausschuss empfiehlt den Beschlussvorschlag...

Abstimmung:

4 / 1 / 1

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben in der Beschlussvorlage festgehalten, dass ich Sie über die entsprechenden Kosten informiere. Ich entschuldige mich hiermit, dass ich an der Beschlussvorlage nicht weitergearbeitet habe und Ihnen die Kosten nicht präsentiert habe. Das hätte ich tun müssen. Ich werde es nachholen. Ich gelobe hier Besserung und danke allen Stadtverordneten die das Vertrauen in die Verwaltung haben und mit der Verwaltung den Weg gehen.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Den Bau eines Hortes für 300 Kinder in Wünsdorf/Waldstadt und beauftragt die Verwaltung mit den Ausschreibungen, der Vergabe und den Bau der Einrichtung bevorzugt in modularer Bauweise um Zeit zu sparen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme ist für das Schuljahr 2026/27 vorgesehen.

Die SVV ist regelmäßig über den Projekt- Baufortschritt und über die entsprechenden Kostenstrukturen zu informieren. Die Verwaltung wird beauftragt die Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Fördermitteln zu prüfen und diese ggf. zu beantragen.

Für den erforderlichen Neubau sind 6,5 Mio EUR insgesamt in die kommenden Haushalte bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme einzustellen.

Der Beschluss 096 /23 wird aufgehoben und durch den Beschluss 085 /24 ersetzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	1	1

---

## **10.4 Abwägungsbeschluss zum (Straßen-) Bebauungsplan "An der Stubenrauchstraße" 1. Änderung in der Stadt Zossen 092/24**

Die Beschlussvorlage wurde durch die Verwaltung von der Tagesordnung genommen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. die anliegende Abwägungstabelle mit den eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes „An der Stubenrauchstraße“

oder

2. die vorliegenden Abwägungsvorschläge werden mit dem laut Protokoll aufgeführten Änderungen übernommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	0	0

---

**10.5 Satzungsbeschluss zum (Straßen-) Bebauungsplan "An der Stubenrauchstraße" 093/24**  
**1. Änderung in der Stadt Zossen**

Die Beschlussvorlage durch die Verwaltung von der Tagesordnung genommen

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes „An der Stubenrauchstraße“ im Ortsteil Horstfelde der Stadt Zossen in der Fassung vom 06.09.2024 bestehend aus: Planzeichnung mit Begründung und Anlagen als Satzung.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, den Bebauungsplan beim Landkreis Teltow-Fläming anzuzeigen und die Schlussbekanntmachung durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	0	0

---

**10.6 Umsetzung Fahrradstraßen**

**082/24**

Herr Kommer erklärt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern anhand einer Präsentation die Beschlussvorlage. Sie enthält folgende Punkte:

#### Einrichtung von Fahrradstraßen

- umsetzbar mit relativ geringem Aufwand und in relativ kurzer Zeit
- Unterstützt klimafreundliche Verkehrswende
- Gewährleistet Sicherheit der Fahrradfahrer
- in der Regel Bündelungseffekte durch verbesserte Rahmenbedingungen für den Radverkehr
- Verbindliche Gestaltungsregel: Beschilderung mit Zeichen 244.1 (Beginn der Fahrradstraße) und Zeichen 244.2 (Ende der Fahrradstraße)
- Empfehlungen für die Gestaltung der Fahrradstraßen

Unter den empfohlenen Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes (RVK) befinden sich folgende Fahrradstraßen:

- Nr. 53 - Zum Königsgraben
- Nr. 66 - Verbindung zum Alten Nottefließ
- Nr. 77 - Koschewoi-Ring

#### Erforderliche Maßnahmen

Herr Reimer:

Der OB Zossen hat die Beschlussvorlage mit 4 / 1 / 1 empfohlen.

Der Ortsvorsteher aus Nächst Neuendorf ist an mich herangetreten und hat Bedenken geäußert, dass sich der Verkehr erhöhen könnte, wenn der Plattenweg ertüchtigt wird.

Frau Schreiber:

In der Beschlussvorlage steht „umzusetzen“. Herr Kommer hat es anders vorgetragen. Sie möchten vorerst mit dem Landkreis verhandeln ob es genehmigt werden könnte. Umzusetzen heißt nicht zu verhandeln. Weiterhin steht in der Beschlussvorlage „soweit möglich jeweils mit dem Zusatzzeichen PKW/Krafträder frei ausgewiesen werden“. Ich habe mir einige Fahrradstraßen angesehen. Da steht immer PKW/Krafträder verboten, außer Anlieger. In keiner dieser Straßen wird gewohnt. Das was Sie jetzt machen wollen, ist die Straßen für PKW zu schließen.

Herr Just:

Ich kenne Fahrradstraßen, da dürfen PKWs fahren auch wenn sie nicht Anlieger sind. Ich habe herausgehört, dass eventuell die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Fahrradstraßen mit dem Landkreis abzustimmen sind. Meine Frage an die Verwaltung ist deshalb, ob wir das dahingehend umformulieren sollten?

Frau Şahin-Connolly:

Die Verwaltung kann da mitgehen. Die Umsetzung können wir aber tatsächlich erst machen, wenn der Kreis zustimmt. Wir können auch reinschreiben, dass PKW-Verkehr definitiv möglich ist. Sollte der PKW-Verkehr nicht möglich sein, eignet sich die Straße nicht als Fahrradstraße und dann wird es auch definitiv keine Fahrradstraße.

Frau Schreiber:

Zwischen Dabendorf und Nächst Neuendorf muss der Plattenweg auch für den landwirtschaftlichen Verkehr frei sein und nicht nur für PKW. Dasselbe trifft für den Weg Nächst Neuendorf zur Kleingartenanlage zu. Der Koschewoi-Ring muss auch für LKW-Verkehr zulässig sein, denn das ist die einzige mögliche Umfahrung, wenn auf der B96 ein Unfall passiert.

Herr Reimer:

Es ist 22:00 Uhr. Können wir das bitte etwas straffen, ansonsten muss ich nach Hause gehen.

Frau Şahin-Connolly:

Der landwirtschaftliche Verkehr erübrigt sich, weil es Thema der Fahrradstraße ist. Das ist also mit abgedeckt.

Herr Giesecke:

Wie ist das bei der Nr. 53 mit dem Schulbusverkehr? Kommen die Schulbusse noch an die Schule ran?

Bei der Nr. 66 hat der Ortsbeirat darauf hingewiesen, wenn die Straße im Zuge der Umwidmung verbessert wird, hier ein Schleichweg während der Sperrung Thomas-Müntzer-Straße produziert werden könnte. Der Ortsbeirat hat gesagt, dass er dafür ist, aber bitte erst nach der Sperrung damit angefangen werden soll.

Herr Jungbluth:

Wer bezahlt die ganze Strecke des Koschewoi-Rings? Da kann man kaum mit Fahrrad langfahren. Ich würde bitten, dass sich um den Radweg der an der 96 in Neuhof gebaut wurde, wo noch 100 m fehlen, gekümmert wird. Weiterhin sollte sich um den Radweg von Neuhof nach Mückendorf und von Wünsdorf nach Klausdorf gekümmert werden. Meiner Meinung nach ist es wichtiger, dass sich die Verwaltung dafür einsetzt.

Frau Şahin-Connolly:

Die Verwaltung wird sich für Radwege einsetzen. Die Beschlussvorlage werden wir so anpassen, dass natürlich Schulbusse fahren können und auch mit dem PKW zum Friedhof gefahren werden kann. Wir werden mit aufnehmen, dass eine Verbindung zwischen Dabendorf und Nächst Neuendorf zwingend erforderlich ist. Wir werden grundsätzlich prüfen ob sich der Koschewoi-Ring eignet. Wir werden prüfen inwieweit Handlungsbedarf in Nächst Neuendorf bei der Kleingartenanlage ist. Das würde ich ungerne streichen. Die Entscheidungsfindung mit dem Kreis wird sicher eine ganze Weile dauern. Vielleicht kann man hier eine temporäre Thematik machen. Die Beschlussvorlage würden wir zur SVV nochmal ändern.

Eine Fahrradstraße eignet sich für die Stadt Zossen nur, nur wenn PKW möglich ist. Den Koschewoi-Ring lassen wir vorerst außen vor. Die Argumente der Ausweichstrecke für die B96 fand ich nachvollziehbar. In Dabendorf darf der Schulbusverkehr nicht eingeschränkt sein und für Nächst Neuendorf soll geprüft werden ob eine temporäre Ausweichung möglich ist.

Herr Kniesigk:

Die Straße 66 in Nächst Neuendorf ist im Privatbesitz und die wollen die Strecke eigentlich schließen.

Frau Şahin-Connolly:

Ich gebe Ihnen stellenweise Recht, der Punkt ist aber nichtöffentlich zu diskutieren.

Herr Just:

Ich denke die Fahrradstraßen mit allen anderen genannten Punkten müssen doch in Einklang zu bringen sein. Vielleicht wäre hier tatsächlich eine temporäre Beschilderung eine Möglichkeit.

Herr Giesecke:

Der Koschewoi-Ring ist als Ausweichstrecke nicht machbar, weil auf 3,20 m Breite

keine zwei LKWs aneinander vorbeikommen.

Frau Şahin-Connolly:

Es geht um die Sicherheit der Radfahrer. Der Koschewoi-Ring ist gesondert zu prüfen.

Frau Schreiber:

Ich bin dafür das nochmal anderweitig zu beraten. Noch eine weitere Runde schadet gar nicht.

Seit Jahren wurde der Grünschnitt im Koschewoi-Ring nicht gemacht und deswegen ist diese Straße so schmal. An keiner der drei Strecken können Sie ausbauen, weil alle drei im Privatbesitz sind und es kein öffentliches Eigentum gibt, sondern nur Vereinbarungen mit den Eigentümern.

Eine Abstimmung findet nicht statt.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt die Einrichtung und Ausweisung von Fahrradstraßen gemäß der angefügten Anlage im Verlauf folgender Relationen umzusetzen:

- Koschewoi-Ring (Wünsdorf-Waldstadt)
- Zum Königsgraben (Dabendorf - Nächst Neuendorf)
- Verbindungsweg parallel zum Alten Nottefließ (Nächst Neuendorf- Zossen)

Die Fahrradstraßen sollen dabei soweit möglich jeweils mit dem Zusatzzeichen "PKW / Krafträder frei" ausgewiesen werden. Maßnahmen zur Verbesserung von Fahrbahnoberflächen sind durchzuführen.

Übergeordnete Behörden, insb. das Straßenverkehrsamt des Landkreises Teltow-Fläming, als zuständige Genehmigungsbehörde für die straßenverkehrsrechtliche Wirksamkeit, sind zu beteiligen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	0	0

---

## **11 Schließung der öffentlichen Sitzung**

Herr Just schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:16 Uhr.

Rene Just  
Vorsitz

Juliane Sasse  
Protokoll